

PORTRAIT



Die philippinische Exumweltministerin Gina López Foto: ap

Rückschlag für die Kämpferin

Jetzt wird sie wieder Zeit zur Entspannung haben. Regina La'O López, kurz Gina, hat ihren Posten als Umweltministerin der Philippinen nicht mehr: Die Tochter reicher Industrieller, Yoga-Fanatikerin, Umweltschutzaktivistin und Kämpferin für die immergrüne gute Sache – was ihr internationale Wertschätzung und zahlreiche Preise eingebracht hatte – wurde nach nur zehn Monaten im Amt unter dem unberechenbaren Präsidenten Rodrigo Duterte (der seinen staatlichen Drogenkrieg einmal mit dem Holocaust verglichen hatte) jetzt ganz demokratisch aus dem Amt gewählt.

Der Parlamentsausschuss, der ihre Position billigen muss, stimmt mit 16 zu 8 gegen sie. In ihrer kurzen Amtszeit hat Gina López nicht weniger als 28 Minen schließen lassen. Sie legte sich mit der Industrie an, verlangte Umweltverträglichkeitsprüfungen, kämpfte gegen den Großbergbau, stellte sich auf die Seite der leidenden Landbevölkerung.

Alles in allem war sie vielleicht etwas zu ehrgeizig. Nahezu täglich giftete sie auch via Facebook in Richtung der Industrie. Dabei war ihre Familie lange selbst im Minengeschäft tätig und hat dort einige Millionen geschneit.

Die Demission der tapferen Aktivistin in der vergangenen Woche hat bei ihren Gegnern enormen Jubel ausgelöst: Die Börse in Manila feierte die steigenden Werte der Minengesellschaften; auch die Arbeitnehmerverbände, die um die Jobs ihrer Klientel fürchteten, dürfen nicht allzu traurig gewesen sein. Der Inselstaat gilt als rohstoffreiches Land, das es noch nicht geschafft hat, aus seinen unendlichen Reserven entsprechend Profit zu schlagen.

Die Industrie darf sich also als Siegerin fühlen – ihre Macht scheint auch angesichts des etwas irre vorgehenden Präsidenten (der über López lange seine schützende Hand hielt) ungebrochen. Und die Probleme in dem Staat, der aus 7.107 Inseln besteht, bleiben.

Gina López ist in der Umweltszene nach wie vor beliebt und wird gewiss nicht aufhören, für die gute Sache zu streiten. Vorerst wird sie sich wieder stärker ihrem Hobby widmen und sich bevorzugt auf Yogamatten aufhalten. Die sozialen Netzwerke sind wie immer zugeschaltet.

RENÉ HAMANN

taz.blog

Streetart Fotoblog

Geklebtes, Geschriebenes, Gesprühtes – es gibt vieles, was die Straßen der Stadt erobert. Caro zeigt die Fotos

blogs.taz.de

NACHRICHTEN

DEUTSCHER FISKUS

55 Steuer-Milliarden mehr bis 2020

BERLIN | Der Staat kann bis Ende des Jahrzehnts weiter steigende Steuereinnahmen einkalkulieren. Das Bundesfinanzministerium gehe von einem Steuerplus für Bund, Länder und Gemeinden von 55 Milliarden Euro bis 2020 gegenüber der Steuer-schätzung vom November aus, berichtete das Handelsblatt unter Berufung auf Schätzerkreise. Der Arbeitskreis der Steuer-schätzer tagt ab Dienstag und wird am Donnerstag seine neue Schätzung bekanntgeben.

Für dieses Jahr erwarten die Experten einen Anstieg der Einnahmen auf 735 Milliarden

Euro (plus 10,5 Milliarden gegenüber der November-Schätzung), für 2018 auf 762 Milliarden Euro (plus 10,2 Milliarden). Allerdings profitierten Länder und Gemeinden stärker als der Bund. Gründe dafür seien im Vorjahr beschlossene Steuer-senkungen sowie höhere Bundes-schulden für die Länder bei Integrationsleistungen, hieß es. Zwar könne sich auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) 2017 Jahr über einen einstelligen Milliardenbetrag mehr freuen. 2018 könnten die Einnahmen für den Bund aber leicht geringer ausfallen als bisher erwartet. (dpa)

ANTI-PUTIN-PROTESTE

Festnahmen bei Gedenkdemo

MOSKAU | Am Rande von Gedenk-Demonstrationen an Anti-Putin-Proteste vor fünf Jahren sind in Moskau sieben Teilnehmer festgenommen worden. Ihnen werde Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen, vier von ihnen wurden später wieder freigelassen, so die Polizei am Samstag. An den Protesten beteiligten sich mehr als 2.000 Menschen. Sie erinnerten an die Proteste gegen Präsident Wladimir Putin am 6. Mai 2012, bei denen es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war. (apf)

TAZ LIEST DENIZ

Unser Exkollege Deniz Yücel sitzt in Istanbul hinter Gittern. Solange er nichts Neues veröffentlicht kann, lesen wir einfach seine alten Texte noch einmal. Und zwar jeden Tag. Jede Menge davon finden Sie unter www.taz.de/Deniz

Journalismus ist kein Verbrechen

www.taz.de

ABGASAFFÄRE

VW lässt Brüsseler Frist verstreichen

BRÜSSEL | Volkswagen hat eine Brüsseler Frist für deutliche Zugeständnisse an seine Kunden ergebnislos verstreichen lassen. EU-Justizkommissarin Vera Jourova hatte „konkrete Ergebnisse“ von VW bis Ende April verlangt. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher des Wolfsburger Autobauers nur: „Wir befinden uns weiterhin im Austausch.“ Jourova will, dass VW den 8,5 Millionen betroffenen Kunden in der EU finanzielle oder durch zusätzliche Serviceleistungen entgegenkommt. Die zugesagte Reparatur reiche nicht aus. (dpa)

Was da wohl noch rauskommt

BUNDESWEHR Sämtliche Kasernen und Militärgelände sollen jetzt nach weiteren Nazi- und Wehrmacht-Devotionalien durchkämmt werden. Der Offizier Franco A. bleibt weiterhin in Untersuchungshaft

VON KLAUS HILLENBRAND

BERLIN taz | Nach dem Fund weiterer Wehrmacht-Devotionalien in einer Kaserne bei Donaueschingen hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wieker, die Durchsuchung sämtlicher Kasernen und Bundeswehrgebäude angeordnet. „Die Prüfung erstreckt sich auf alle dienstlichen Liegenschaften, Räumlichkeiten und Gelasse im Verantwortungsbereich“, zielt die Bild am Sonntag seine Weisung vom vergangenen Freitag. Das Verteidigungsministerium bestätigte die Information.

Ob die Inspekture noch allzu viel Material zur „Traditionspflege“ mit NS- oder Wehr-

machtbezug finden werden, steht dahin. Denn durch das Bekanntwerden der Weisung haben die Soldaten nun mehrere Tage Zeit, in ihren Stuben ordentlich aufzuräumen.

Auslöser ist der Fund von Wehrmacht-Andenken im baden-württembergischen Donaueschingen. Dort stießen Inspekture in der Fürstenberg-Kaserne auf einen mit Wehrmacht-Devotionalien aus-

So haben die Soldaten mehrere Tage Zeit, in ihren Stuben aufzuräumen

geschmückten Raum. Zudem stand vor der Kantine eine mit entsprechenden Stahlhelmen gefüllte Vitrine.

Zuvor war bekannt geworden, dass sich am Dienstsitz des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A. im französischen Illkirch ein Raum mit gemalten Wehrmachtsoldaten in Heldenpose befindet. Dort soll im Jahr 2012 auch ein 4 Meter großes Hakenkreuz auf den Boden der Kaserne gestreut worden sein.

Franco A., gegen den die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt, befindet sich weiter in Untersuchungs-

haft. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, es sei noch unklar, ob A. tatsächlich Anschläge geplant habe. Die Ermittlungen kreisen um den Verdacht, dass A., der ein Doppelleben als Bundeswehroffizier und angeblicher syrischer Flüchtling geführt hatte, ein Attentat geplant hatte, um dieses dann Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben.

Maximilian T., ein Kamerad von Franco A., soll eine „Todesliste“ verfasst haben, auf der unter anderem die Namen von Joachim Gauck, Claudia Roth, Bodo Ramelow, des Zentralrats der Juden und von Antifa-Aktivisten standen. In aufgefundenen Notizen von T. heißt es nach

Spiegel-Informationen, Menschen wie Claudia Roth sagten „unser Volk aus, das müsst ihr bezahlen“. Bei einem anderen mutmaßlichen Komplizen von A., Mathias F., fanden Ermittler über 1.000 Schussmunition, Zünder und Teile von Handgranaten.

Ob der Kreis um Marco A. ein rechtsextremes Netzwerk in der Truppe gebildet habe, sei noch offen, sagte von der Leyen in der ARD. „Wir müssen uns darauf einstellen, dass das, was wir bisher wissen, nicht alles ist, sondern dass sich dort noch mehr zeigen wird“, sagte die Verteidigungsministerin.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) rief die Bundeswehr dazu auf, mit aller Härte gegen Rechtsextremisten in den eigenen Reihen vorzugehen: „Im Interesse der Bundeswehr muss das im Keim erstickt und konsequent gehandelt werden“, sagte er.

Nach einem Bericht der BamS bearbeitet der Militärische Abschirmdienst (MAD) derzeit 28 Verdachtsfälle von Rechtsextremismus. Für 2016 meldete der Wehrbeauftragte des Bundestags, Peter Bartels (SPD), 63 Vorfälle im Bereich Extremismus, Antisemitismus und Fremdenhass. Aber nur 18 Bundeswehrangehörige wurden zwischen 2012 und 2016 aufgrund rechtsradikaler Tendenzen entlassen.

Ein Soldat postete bei WhatsApp das Bild eines schwarzen Jungen. Dazu schrieb er: „Das ist Matubo, sein Schulweg beträgt täglich 3 Stunden. Spende jetzt 5 Euro und wir kaufen eine Peitsche und garantieren, dass der faule Nigger es in 8 Minuten schafft.“ Der Mann erhielt eine Geldbuße von 500 Euro, seine Dienstzeit wurde vorzeitig beendet.



Schatten geworfen: Soldaten beim Appell in der Fürstenberg-Kaserne in Donaueschingen Foto: Patrick Seeger/dpa

THEMA DES TAGES

Nun geht's gegen die Ministerin

REAKTIONEN Von der Leyen gerät selbst in die Kritik. CSU-Herrmann spricht von „ein paar Verrückten“ im Militär

BERLIN dpa/rtr/taz | Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) steht wegen ihrer harschen Vorwürfe an die Bundeswehrführung selbst weiter in der Kritik: Ex-Generalinspekteur Harald Kujau warf ihr vor, der Truppe zu schaden. „Die pauschale Kritik der Ministerin an Haltung, Führung und Korpsgeist war inakzeptabel und schädlich für die Bundeswehr. Und ihre Entschuldigung ist wachsweiß ausgefal-

len“, sagte Kujau der Welt am Sonntag.

Von der Leyen hatte der Bundeswehr im Fall des terrorverdächtigen Soldaten Franco A. pauschal ein Haltungsproblem, Führungsschwäche und falschen Korpsgeist vorgeworfen. Das löste prompt eine Debatte über die Führungsqualitäten der Ministerin aus. Ihr wurde vorgeworfen, die Schuld auf andere abzuladen, um die eigene Karriere nicht zu gefährden. Da-

raufhin bedauerte sie eine fehlende Einordnung ihrer Worte. Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm von der Leyen in Schutz.

Seehofer stellt Bundeswehr „nicht an den Pranger“

Am Wochenende wandte sich CSU-Chef Horst Seehofer gegen Pauschalurteil am Militär und zielte damit indirekt auf von der Leyen. „Wir stellen die Bundeswehr nicht an den Pranger“, sagte Seehofer auf einem

CSU-Sonderparteitag in München. Zu Rechtsextremisten in der Truppe sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann: „Da gibt es ein paar Verrückte, die muss man rechtzeitig aus dem Verkehr ziehen.“

Grüne und SPD haben für Mittwoch eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses beantragt, bei der sie die Ministerin befragen wollen. Vertreter von Linken und Grünen im Parlamentarischen Kontroll-

gremium, das im Bundestag für die Geheimdienstaufsicht zuständig ist, warfen dem Militärischen Abschirmdienst MAD Versagen vor.

Ausschuss-Vize André Hahn (Linkspartei) sagte zur Affäre Franco A.: „Der MAD kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Seine bislang angewandten Methoden zum Schutz der Bundeswehr sind nach Lage der Dinge völlig unzureichend.“

KH